

# Positionspapier

Verteidigung des Selbstbestimmungsgesetzes –  
Rechtliche Selbstbestimmung und gesellschaftliche  
Teilhabe für trans, inter, nicht-binäre und agender  
Personen



## Ausgangslage

Angesichts des Wahlausgangs, aus dem die CDU/CSU als stärkste und regierungstragende und die AfD als zweitstärkste Kraft, und somit nun größte Oppositionspartei im Bundestag, herausgegangen sind, steht das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) – das zentrale Instrument zur rechtlichen Anerkennung der eigenen Geschlechtsidentität – vor einer existenziellen Bedrohung. Das SBGG regelt den vereinfachten Zugang zur Änderung des Personenstands und des Vornamens, und sichert damit trans, inter, nicht-binären und agender Menschen ihr fundamentales Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung. Auch der nunmehr vorliegende Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD zeigt mit den Evaluationsvorhaben, auf welchem fragilem Fundament das SBGG steht. Gleichzeitig bedienen sich die Koalitionspartner möglicher Fokusthemen, die schon vor Beschlussfassung in 2024 durch extrem rechte Kräfte bediente Punkte das Gesetz durch entsprechende Narrative verhindern wollten.

## 1. Bedrohung durch extrem rechte und andere, auch queerfeindliche, Kräfte

Extrem rechte und andere, auch queerfeindliche, Kräfte sehen im Selbstbestimmungsgesetz eine gefährliche Erosion traditioneller Geschlechterrollen und Familienbilder. Diese Gruppierungen lehnen die Anerkennung vielfältiger Geschlechtsidentitäten ab und versuchen, den gesellschaftlichen Diskurs in eine Richtung zu lenken, in der traditionelle und oft veraltete Vorstellungen über Geschlecht dominieren. Durch die Instrumentalisierung politischer Mehrheiten – wie sie bereits in der Vergangenheit durch Zufallsmehrheiten mit rechtsextremen Kräften zu beobachten war – wird das SBGG zunehmend als politisches Verhandlungselement missbraucht. Dadurch droht nicht nur der Zugang zu rechtlicher Anerkennung, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe marginalisierte Geschlechter massiv beeinträchtigt zu werden.

## 2. Der Prozess der Evaluation mit einer möglichen Revision des Gesetzes

In Deutschland können existierende Gesetze evaluiert und durch parlamentarische Initiativen in eine Art Revision gebracht werden. Dies geschieht in mehreren Schritten:

- **Initiierung:** Eine Fraktion oder einzelne Abgeordnete bringen Änderungsanträge oder neue Gesetzesentwürfe ein, die eine Überprüfung mit möglicher Anpassung bestehender Regelungen fordern.
- **Ausschussverfahren:** Der Antrag wird in den zuständigen Ausschüssen diskutiert und geprüft. Hier haben verschiedene Expert\*innen, Interessenvertretungen und politische Akteur\*innen die Möglichkeit, ihre Standpunkte einzubringen.
- **Plenardebatte und Abstimmung:** Nach der Beratung in den Ausschüssen erfolgt eine Debatte im Plenum des Bundestages, gefolgt von einer Abstimmung. Bei Gesetzen, die zustimmungspflichtig sind, kann auch der Bundesrat Änderungswünsche einbringen.
- **Öffentliche Debatte:** Nicht selten begleiten medienwirksame Kampagnen und öffentlicher Druck den Prozess, was die Dynamik zusätzlich beeinflusst.

Gerade extrem rechte und andere, auch queerfeindliche, Kräfte nutzen diese parlamentarischen Prozesse, um das SBGG zu revidieren oder gar zurückzunehmen zu wollen – mit dem Ziel, ihre eigene, restriktive Geschlechter- und Familienordnung durchzusetzen. Ein erfolgreicher Anlauf in diese Richtung hätte nicht nur juristische, sondern vor allem tiefgreifende emotionale, psychische und soziale Konsequenzen für unsere Community.

## 3. Folgen einer Evaluation mit möglicher Revision oder Rücknahme des SBGG

- **Emotionale Folgen:** Die Unsicherheit und Angst, die mit einer möglichen Rücknahme des SBGG einhergehen, führen zu tiefen seelischen Verletzungen. Menschen, die den Mut gefasst haben, sich zu ihrer Identität zu bekennen, würden erneut in Frage gestellt, wer sie sind – was wiederum Gefühle der Ablehnung, Scham und Isolation auslösen kann.
- **Psychische Folgen:** Ein Verlust des rechtlichen Schutzes und der Anerkennung kann eine erhebliche psychische Belastung mit sich bringen. Studien belegen einen Zusammenhang zwischen fehlender Anerkennung der Geschlechtsidentität und dem Auftreten von Depressionen, Angststörungen und suizidalen Krisen.
- **Soziale Folgen:** Ohne die rechtliche Bestätigung ihrer Identität sind trans, inter, nicht-binäre und agender Menschen oft gezwungen, Diskriminierung und Ausgrenzung in Bildung, Arbeit und im öffentlichen Leben zu ertragen. Dies untergräbt nicht nur ihre individuelle Lebensqualität, sondern schwächt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

## 4. Unsere Forderungen und Appelle

Wir stehen geschlossen gegen jede politische Bewegung, die das SBGG infrage stellt, revidiert oder zurücknimmt. Der mögliche rechte Schulterschluss zwischen CDU/CSU und AfD zeigt deutlich, dass diskriminierende und menschenfeindliche Positionen zunehmend sind. Aber auch der Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD zeigt auf, dass das SBGG als politisches Verhandlungselement genutzt wird.

### Um dem entgegenzuwirken, fordern wir:

- Klare politische Positionierung: Alle demokratischen Kräfte und progressive Parteien müssen unmissverständlich den Erhalt und die Weiterentwicklung des SBGG fordern und jede Revision oder Rücknahme entschieden ablehnen.
- Mobilisierung und Vernetzung: Zivilgesellschaftliche Akteur\*innen, Fachkräfte und Betroffene sind aufgerufen, sich zu organisieren, um gemeinsam für den Schutz unserer rechtlichen Selbstbestimmung zu kämpfen, insbesondere die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Evaluationsprozess ist zwingend notwendig.
- Schutz der rechtlichen Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Teilhabe: Es muss sichergestellt werden, dass der vereinfachte Zugang zur Änderung des Personenstands und der Vornamen erhalten bleibt, insbesondere für Kinder und Jugendliche – als unverzichtbarer Grundpfeiler für die Identitätsanerkennung, gesellschaftliche Teilhabe und das emotionale Wohlbefinden. Die fundamentalen Rechte von trans, inter, nicht-binären und agender Menschen stehen auf dem Spiel.

Wir appellieren an alle, sich geschlossen gegen die Instrumentalisierung unserer Rechte zu stellen – für eine inklusive, gerechte und selbstbestimmte Zukunft.



gemäß Beschluss vom 21.05.2025

#### Impressum

Lesben-, Schwulen- & Queerpolitischer Runder Tisch Sachsen-Anhalt  
LSQpRT Sachsen-Anhalt c/o ZfsG  
Herderstraße 17  
39108 Magdeburg

#### Sprecher\*innen:

Daria Kinga Majewski,  
Marcel Dörrer,  
Mika Taube